

## INTERVIEW DES TAGES

## Botschafter Rolf Mafael

Die Kooperation am Oberrhein funktioniert nach Rolf Mafaels Ansicht sehr gut. Große Probleme gibt es mit Russland im Europarat.

# Große Dynamik in der Grenzregion

Rolf Mafael, deutscher Botschafter in Straßburg, über die Kooperation am Oberrhein und den Einfluss des Europarats

Besonders der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit im Hochschul- und Forschungsbereich am Oberrhein misst Rolf Mafael, Jahrgang 1955, eine enorme Bedeutung zu. Der in Bruchsal geborene Diplomat fungiert seit September 2018 als Ständiger Vertreter der Bundesrepublik Deutschland beim Europarat und als Leiter des Generalkonsulats in Straßburg.

VON REINHARD RECK

■ **Herr Mafael, bevor Sie im Herbst nach Straßburg kamen, waren Sie als Botschafter in Südkorea und Kasachstan tätig – weit weg von Europa. Wie schätzen Sie die deutsch-französische Kooperation hier am Oberrhein ein?**

ROLF MAFael: Ich bin beeindruckt von der großen Dynamik der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit. Ich beschäftige mich ja nicht zum ersten Mal mit diesem Thema. Vor etwa zehn Jahren war ich Leiter der deutschen Delegation der Regierungskommission bei der Oberrheinkonferenz, und in der Zwischenzeit hat es viele Fortschritte gegeben.

■ **Im Eurodistrikt Strasbourg-Ortenau vor Ort werden die Verbindungen über den Rhein hinweg sehr gepflegt und stoßen auf ein relativ großes Echo. Andererseits hört man von der 2010 gegründeten Trinationalen Metropolregion Oberrhein kaum noch etwas. Woran liegt das?**

MAFAEL: Das liegt an der Struktur und der Aufgabe der Metropolregion. Die Tätigkeiten sind oft nicht so unmittelbar mit konkreten Projekten verbunden, dass man damit Schlagzeilen produzieren kann. Die Trinationale Metropolregion (TMO) hat zum einen die Aufgabe, raumplanerisch für das Gesamtgebiet mit Baden, dem Elsass und der Nordwestschweiz Entwicklungsstrategien zu erarbeiten. Zum anderen ist sie das Dach für die Säulen der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit – Politik, Wirtschaft, Wissenschaft, Zivilgesellschaft.

*Um EU-Mittel zu erhalten, müssen Grenzgebiete wie der Oberrhein wissen, wo sie hinwollen.*

■ **Das klingt sehr abstrakt ...**

MAFAEL: ... ist aber von enormer Bedeutung – vor allem mit Blick auf die Europäische Union. Denn die EU wird in Zukunft bei der Förderung von Projekten sehr viel stärker als bisher Wert darauf legen, dass für Grenzgebiete wie eben den Oberrheinraum eine strategische Planung entwickelt wird. Das heißt konkret: Eine Region muss wissen und belegen, wo sie hinwill, um entsprechende EU-Mittel zu erhalten.

■ **Wo ist die Kooperation besonders fortgeschritten und wo hakt es noch?**

MAFAEL: Besonders groß ist die Dynamik in den letzten 10 Jahren bei der Verbesserung der grenzüberschreitenden Verkehrsverbindungen. Das betrifft den Bahn-Fernverkehr, wo Straßburg heute Schnittpunkt zweier internati-



Rolf Mafael: Der »European Campus« kann die Region zu einem führenden Wissenschafts- und Hochschulstandort machen.

Foto: Ulrich Marx

onaler TGV-Strecken ist, aber genauso den Nahverkehr mit der Verlängerung der Straßburger Tram nach Kehl oder mit der Buslinie Erstein-Lahr. Wichtig sind auch die Verbesserungen bei der Zusammenarbeit der Polizeibehörden und die im Rahmen der TMO durchgeführten Bürgerforen.

■ **Hoffen Sie auf weitere Verbesserungen bei der Hochschulkooperation?**

MAFAEL: Auf jeden Fall. Schon mit der Gründung des aus den fünf Oberrhein-Universitäten bestehenden Eurorverbandes 1989 wurden wichtige Impulse gesetzt. Nun soll mit dem neuen »European Campus« die Zusammenarbeit noch verstärkt werden. Die fünf Unis – Karlsruhe, Freiburg, Straßburg, Mulhouse/Colmar und Basel – besitzen gemeinsam das Potenzial, die Region zu einem führenden und global wettbewerbsfähigen Wissenschafts- und Hochschulstandort zu machen. Auch in meiner nordbadischen Heimat gibt es ein heute großes Engagement für den Brückenschlag. Das zeigt sich in der Unterstützung des KIT für den European Campus, aber auch bei der Technologieregion Karlsruhe.

■ **Wo klemmt es noch bei der Kooperation?**

MAFAEL: Ich glaube, man muss noch mehr für die Verbesserung der beruflichen Mobilität tun, damit die Bürger auch im Nachbarland arbeiten können. Und das hat natürlich zu tun mit einer engeren Abstimmung bei der beruflichen Ausbildung in Frankreich und Deutschland. Weitere Initiativen sind auch bei der Gesundheitsversorgung, der Energie- und Umweltpolitik gefragt.

■ **Viele hoffen auf neue Impulse nach der Unterzeichnung des Aachener**

**Vertrags durch Staatspräsident Emmanuel Macron und Kanzlerin Angela Merkel.**

MAFAEL: Von diesem Vertrag wird eine große Dynamik für die Zusammenarbeit in den Grenzregionen ausgehen. So sind dort Experimentiermöglichkeiten vorgesehen, wenn bestimmte Gesetze und Verordnungen die Kooperation vor Ort hemmen. Die Liste der prioritären Projekte enthält für die Region so wichtige Vorhaben wie die Nachnutzung des AKW Fessenheim oder die Bahnlinie Colmar-Freiburg.

*»Alle Beteiligten wollen, dass Russland im Europarat bleibt.«*

■ **Was Ihre Tätigkeit für den Europarat betrifft, so wird dort die Arbeit seit Jahren von heftigen Auseinandersetzungen mit Russland überschattet. Die Parlamentarische Versammlung hatte 2014 nach der Annexion der ukrainischen Krim-Halbinsel Strafen verhängt. Russland schickt im Gegenzug keine Abgeordneten nach Straßburg und zahlt auch keine Beiträge mehr für den Europarat. Kann man noch zu einer Einigung kommen?**

MAFAEL: Wir hoffen alle, dass es hier zu einer Lösung kommen kann, denn alle Beteiligten wollen, dass Russland im Europarat bleibt. Das ist im Sinne Russlands und seiner Bevölkerung, das ist aber auch im Interesse des Europarats als Ganzes. Mit der kürzlichen russischen Entscheidung, 2019 erneut keine Delegation zur Parlamentarischen Versammlung zu entsenden, hat Russland allerdings eine Chance für eine schnelle Lösung ver-

tan. Jetzt ist sehr fraglich, ob Russland an der Wahl des neuen Generalsekretärs des Europarats durch die Versammlung im Juni überhaupt teilnehmen kann.

■ **Warum wollen Sie unbedingt Russland im Europarat haben? Die Staatsführung tritt Menschenrechte mit Füßen und gängelt viele Medienvertreter. Warum schließt man solche Staaten nicht aus?**

MAFAEL: Das halte ich für falsch. Heute bietet der Europarat mit seinen 47 Mitgliedsstaaten gerade den Vorteil, dass sich auch Länder wie Russland oder etwa die Türkei, die ein etwas anderes Verständnis von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit haben als EU-Länder, auf eine gemeinsame Wertebasis verpflichtet haben. Viele der Programme des Europarats gehen gerade dahin, in diesen Ländern die Verhältnisse zu verbessern.

■ **Glauben Sie wirklich, dass Verbesserungen in diesen Ländern trotz des Kanonendonners von Putin und Erdogan möglich sind?**

MAFAEL: Ich warne vor zu schnellen Schlussfolgerungen. Ich habe den Eindruck, dass es auch in Ländern wie Russland und der Türkei trotz aller negativen Entwicklungen einen Anspruch gibt, rechtsstaatliche Grundsätze durchzusetzen. Es ist diesen Staaten nicht völlig gleichgültig, wenn man ihnen Verstöße gegen Menschenrechte und demokratische Grundsätze vorwirft. Einbindung ist besser als Ausgrenzung.

■ **Es geht auch um die Frage, welchen Einfluss, den der Europarat und der zu ihm gehörende Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) haben. Können diese Einrichtungen außer wohlklingenden Re-**

**solutionen überhaupt etwas bewirken?**

MAFAEL: Derzeit sind beim EGMR etwa 56000 Fälle anhängig, was für sich schon die Bedeutung des Gerichts aus Sicht der Bürger zeigt. Aber nur ein Bruchteil davon führt zu Verurteilungen, und natürlich werden nicht alle Urteile des Gerichtshofes eins zu eins umgesetzt. Auf lange Sicht zeigen sich jedoch deutliche Erfolge. Dass das teils länger dauert, liegt auch daran, dass sich hinter den Straßburger Urteilen zu Einzelfällen oft strukturelle Probleme verbergen oder zur Umsetzung schwierige Gesetzesänderungen notwendig sind. Das zeigen etwa die Urteile des Gerichtshofes von 2009-2011 gegen Deutschland wegen der nachträglichen Anordnung der Sicherungsverwahrung. Es ging ja im Kern darum sicherzustellen, dass in Deutschland eine klare Differenzierung zwischen Strafvollzug und Sicherungsverwahrung gesetzt wird. Die Verabschiedung entsprechender Gesetze durch den Bundestag erfolgte 2013, deren praktische Umsetzung vor Ort nahm weitere Zeit in Anspruch. Die inzwischen erfolgreiche Umsetzung hat der Gerichtshof jüngst erneut bestätigt. Aber der Straßburger Gerichtshof hat auch spektakuläre Erfolge vorzuweisen – etwa die Freilassung des aserbaidschanischen Oppositionsaktivisten Ilgar Mammadov im August 2018.

■ **Wie viele Urteile des Gerichtshofes wurden tatsächlich befolgt?**

MAFAEL: Die Überwachung der Umsetzung der Gerichtsurteile erfolgt durch das Ministerkomitee des Europarats. Zwischen 1998 und 2017, also seitdem Individualbeschwerden beim Gerichtshof möglich sind, konnte in 15700 Fäl-

le die Beobachtung eingestellt werden, weil die Urteile befolgt wurden. Allein 2017 galt dies für 7548 Fälle. Die Zahlen zeigen, dass der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte eine große Autorität hat.

*Erfolge durch Interventionen des Anti-Folter-Komitees in Albanien, Bulgarien, der Ukraine und Nordirland.*

■ **Wenn man von den Urteilen des Menschenrechtsgerichtshofes absieht: Welchen Einfluss hat der Europarat an sich?**

MAFAEL: Von weitreichender Bedeutung ist die »Venedigkommission« des Europarats. Das Gremium mit Experten besonders des Verfassungsrechts wurde 1990 gegründet, um osteuropäischen Staaten bei der Erstellung von Verfassungen, die dem Verständnis der EU und den Normen des Europarats entsprechen, zu helfen. Von der Unabhängigkeit der Justiz bis zur Korruptionsbekämpfung. In Armenien wurden grundlegende Gesetzesänderungen auf der Basis der Empfehlungen der Venedigkommission vorgenommen. Ganz aktuell spielen die Gutachten der Kommission etwa zu Justizreformen in Polen, Ungarn oder Rumänien für die Länder selbst wie für deren Beurteilung in der EU eine wesentliche Rolle. Nicht zu unterschätzen ist der Einfluss der Expertenausschüsse, wie etwa des Anti-Folter-Komitees. So wurde in Albanien die Behandlung der in Polizeigewahrsam befindlichen Personen nach Interventionen dieses Komitees deutlich verbessert. Auf diesem Wege erfolgte auch in Bulgarien, der Ukraine und Nordirland eine Verbesserung der Haftbedingungen.